

REINER TOSSTORFF

Moskau oder Amsterdam?

Die Rote Gewerkschaftsinternationale 1920 bis 1937

Die Rote Gewerkschaftsinternationale (RILU/Red International of Labour Unions / oder in der russischen Abkürzung Profintern) wurde 1921 in Moskau gegründet und dort sechzehn Jahre später aufgelöst.

Urteile über ihre Bedeutung weichen stark voneinander ab. »The fate of the Profintern will never be more than a footnote in the history of the international labour movement – it never amounted to much (...).«¹ Dagegen argumentiert E. H. Carr, daß »The Red International of Trade Unions (Profintern) was in the nineteen-twenties by far the most powerful and important of the auxiliary organizations which gravitated around the Comintern. It was, indeed, the only one which could claim some independence, and was more than a mere subsidiary organ.«² Swains Urteil basiert auf einem bestimmten Aspekt, nämlich dem Scheitern der RGI, Anfang der zwanziger Jahre eine einflußreiche kommunistische Gewerkschaftsbewegung in Deutschland aufzubauen. Carr dagegen basiert seine Einschätzung auf »the large organization of the Profintern, and its extensive representation abroad, in which it far surpassed any other of the auxiliaries« der Komintern.³

An ihrer Bedeutung für die organisatorische Entwicklung sowohl der internationalen kommunistischen Bewegung – was uns hier nicht weiter interessieren wird – wie für die internationale Gewerkschaftsbewegung in der Zwischenkriegszeit kann jedoch kein Zweifel bestehen. Die Auseinandersetzung zwischen der Internationale in Moskau und ihrem sozialdemokratisch ausgerichteten Widerpart in Amsterdam prägte die ganze internationale Arbeiterbewegung jener Jahre. So ist es eher verwunderlich, daß ihre Geschichte bis heute recht stiefmütterlich behandelt wurde. In der Historiographie der internationalen Arbeiterbewegung erscheint sie fast nur als ein untergeordneter Aspekt der Kommunistischen Internationale.⁴ In der westlichen Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung, von ein paar Ausnahmen abgesehen⁵, wurde sie nur im Zusammenhang mit nationalen Gewerkschaftsbewegungen oder mit einzelnen Kommunistischen Parteien dort, wo diese zumindest für einen gewissen Zeitraum Gewerkschaftseinfluß ausübten, behandelt. Zu einem Teil war dies sicher auch der Tatsache geschuldet, daß das Archiv der RGI, im Parteiarchiv der KPdSU aufbewahrt, für westliche Historiker nicht zugänglich war. Dies hat sich seit 1991 bekanntlich geändert, so daß in der Zukunft mit einer Reihe von Studien über die Rolle der RGI auf internationaler Ebene wie in einzelnen nationalen Gewerkschaftsbewegungen zu rechnen ist.

Reiner Tosstorff – Jg. 1951, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsprojekt zum Internationalen Gewerkschaftsbund und zur Internationalen Arbeitsorganisation, Universität Mainz, Mitherausgeber mehrerer Bände der Trotzki-Schriften-Ausgabe; zuletzt in UTOPIE kreativ: Spanischer Bürgerkrieg, Stalinismus und POUM, Heft 69/70 (Juli/August 1996)

Dieser stark geraffte Überblick über die Geschichte der RGI basiert auf meiner Habilitationsschrift »Moskau oder Amsterdam. Die Geschichte der Roten Gewerkschaftsinternationale (1920-1937)«, Universität Mainz. Dort finden sich auch ausführliche Literaturangaben und Hinweise auf Archivbestände zur RGI.

Towards a revolutionary trade union international

Der Erste Weltkrieg hatte wie bei der politischen Internationale auch zur Paralyse der 1901 gegründeten gewerkschaftlichen Internationale geführt. Im Jahre 1901 hatten sich überwiegend sozialdemokratisch beeinflusste Landeszentralen (neben den französischen Syndikalisten der CGT sowie den britischen und später auch den US-amerikanischen Trade Unionists) zunächst in einem Internationalen Sekretariat zusammengeschlossen, das sich 1913 in den Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) umwandelte.⁶ Sekretär war Carl Legien, der Führer der deutschen Gewerkschaften. Nach 1914 beanspruchte er, die Organisation fortzuführen, was von den Gewerkschaftsbünden der Entente heftig bestritten wurde. Faktisch hörte der IGB auf zu bestehen und mußte nach Kriegsende neu gegründet werden, was, nach einer ersten Zusammenkunft im Februar 1919 in Bern, im Juli/August 1919 in Amsterdam geschah.

Der Weltkrieg hatte auch die Bemühungen der revolutionären Syndikalisten zur internationalen Zusammenarbeit unterbrochen.⁷ Diese hatten – allerdings mit Ausnahme der französischen CGT, die jedoch die einflußreichste syndikalistische Organisation in Europa darstellte – schon sehr bald nach seiner Gründung das Internationale Sekretariat als reformistisch und als Hindernis im revolutionären Kampf verurteilt und zur Schaffung einer revolutionären Gegeninternationalen aufgerufen. Diese Bemühungen kamen aber über informelle Kontakte nicht hinaus. Nicht zuletzt lag das darin begründet, daß die syndikalistischen Verbände, auch wenn sie in vielen Ländern existierten, nur kleine Minderheiten organisierten. Doch auch diese Verbindungen waren nun unterbrochen.

Eine russische Landeszentrale hatte vor 1914, wegen der repressiven Bedingungen im Zarenreich, nicht existiert. Erst die Revolution machte sie möglich. Sie konstituierte sich im Juli 1917; seit ihrem Kongreß im Januar 1918 wurde sie von den Bolschewiki dominiert.⁸ Von diesem Kongreß erging ein Aufruf zur Reorganisation der internationalen Gewerkschaftsbewegung, doch die Bedingungen des Bürgerkriegs führten dazu, daß er kein Gehör fand und auch die bolschewistischen Gewerkschafter mit ganz anderen Aufgaben befaßt waren. Diese Lage führte auch dazu, daß eine bereits beschlossene russische Delegation nicht an der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern teilnehmen konnte.⁹ Auch in Amsterdam waren die Russen nicht vertreten. Damit waren sie von der Wiedergründung des IGB faktisch ausgeschlossen gewesen. Daß sie bei einer Teilnahme scharfe politische Kritik an dem Verhalten der meisten Gewerkschaftsführungen im Krieg und in der unmittelbaren Nachkriegszeit geübt hätten, ist zwar offensichtlich. Doch ob sie sich prinzipiell einer Mitgliedschaft verweigert hätten, ist heute natürlich nur eine spekulative Frage. Jedenfalls mußte dies den politischen Bruch zwischen der russischen und der westlichen Gewerkschaftsbewegung verschärfen. So reagierte man in Moskau mit einer heftigen Denunziation des IGB, der als »gelbe, klassenverräterische« Organisation angegriffen wurde. Er sei ein Werkzeug in den Händen des imperialistischen Völkerbundes. Mit seiner Unterstützung der neugeschaffenen Internationalen Arbeitsorganisation habe sich der IGB für die Klassenzusammenarbeit entschieden. Gegen ihn müsse man nun eine revolutionäre Alternative schaffen.

1 Geoffrey Swain: Was the Profintern Really Necessary? In: *European History Quarterly*, No. 1, 1987, pp. 57-77, here p. 73.

2 E. H. Carr: *Socialism in One Country 1924-1926*, 3 Vols., (London 1964), Vol. 3, pt. 2, p. 938.

3 Ebenda, p. 939.

4 In der früheren sowjetischen und osteuropäischen Historiographie wurden mehrere allgemeine Darstellungen in den 70er und 80er Jahren veröffentlicht. Obwohl unter Heranziehung des RGI-Archivs erstellt, waren alle diese Studien typische Produkte der spätstalinistischen Geschichtsschreibung mit all ihren Grenzen, Auslassungen usw.: G. M. Adibekov: *Krasnyj internacional profsojuzov*, Moskau 1979; B. A. Karpačev: *Krasnyj internacional profsojuzov. Istorija voznikovenija i pervye gody dejatel'nosti Profinterna 1920-1924gg.* Saratov 1976; Ders.: *Krasnyj internacional profsojuzov (1933-1937)*, Saratov 1981; Ders.: *Krasnyj internacional profsojuzov 1920-1937 gody*, Saratov 1987; A. Kocharński, Czerwony Międzynarodówka Związków Zawodowych (Profintern) 1920-1937, Warschau 1985. Adibekov schrieb später, nach Beginn von Glasnost', eine interessante Selbstkritik: »O politike komunistov v profsojuznom dviženii«, in: *Voprosy istorii KPSS*, No. 8, 1991, S. 97-109.

5 Z. B. Albert Resis: *The Profintern. Origins to 1923*, PhD thesis Columbia University 1964. Vor allem aber sind hier die entsprechenden Abschnitte in der mehrbändigen *History of Soviet*

Russia von E. H. Carr zu nennen, die die bestmögliche Darstellung der RGI bis zur ›Wende‹ von 1928/29, wo seine Geschichte endet, enthält, die man ohne Zugang zu den sowjetischen Archiven schreiben konnte.

6 Zur Geschichte des Internationalen Sekretariats und dann des IGB sei hier nur pauschal verwiesen auf Anthony Carew u. a.: *The International Confederation of Free Trade Unions*, Bern u. a. 2000, pp. 25-163.

7 Die Geschichte des syndikalistischen Internationalismus ist bei Wayne Thorpe: »The Workers Themselves«. *Revolutionary Syndicalism and International Labour 1913-1923*, Dordrecht u. a. 1989, beschrieben. Speziell über die Rolle der CGT dabei vgl. Susan Milner: *The Dilemmas of Internationalism. French Syndicalism and the International Labour Movement 1900-1914*, Oxford 1990.

8 Vgl. dazu das entsprechende Protokoll: Pervyj vsrossijskij s-ezd professional'nych sojuzov. 7- 14 janvarja 1918g. Pol'nyj stenografičeskij otčet s predisloviem M. Tomskogo, Moskau 1918.

9 Im Jahre 1919. Vgl. Otčet Vserossijskogo Central'nogo Soveta Professional'nych Sojuzov (Mart 1920g. – Aprel' 1921g.), Moskau 1921, S. 56-59.

10 Dieser Standpunkt wurde vor allem von Lenin in seiner bekannten Streitschrift »Der linke Radikalismus – die Kinderkrankheit im Kommunismus« gegen die kommunistische ›Ultra-linke‹ entwickelt. Zur für die RGI so entscheidenden Entwicklung der Komintern sei

Doch gab es zunächst keine klare Vorstellung über die Form der Organisation. Während schon die Idee der Schaffung einer eigenständigen Gewerkschaftsinternationale auftauchte, drängte die Führung der im März 1919 geschaffenen Kommunistischen Internationale, des Zusammenschlusses der kommunistischen Parteien, darauf, daß auch die Gewerkschaften ihr beitreten sollten – wie in der I. sollten auch in der III. Internationale alle Formen von Arbeiterorganisationen ihren Platz finden. Jedoch nur die ganz von den Kommunisten dominierten russischen Gewerkschaften übernahmen diese Position. Dazu kam, daß die junge kommunistische Bewegung im Westen noch ganz über die Frage ihrer Einstellung zu den Gewerkschaften zerstritten war. Während ein Teil für die Spaltung der bestehenden, reformistisch dominierten Verbände und für die Schaffung revolutionärer Gewerkschaften eintrat, auch wenn diese nur kleine Minderheiten umfaßten, sprachen sich die anderen für die Mitarbeit in den existierenden Massenorganisationen aus, um sie zu revolutionieren. Dieser Standpunkt wurde von den Bolschewiki unterstützt, die ja auch so in Rußland verfahren hatten.¹⁰ Er setzte sich auf dem zweiten Kongreß der Komintern im Juli/August 1920 durch.

Jedoch war der konkrete Schritt, der in diesen Monaten in Moskau zur Gründung der zukünftigen Roten Gewerkschaftsinternationale unternommen wurde, eher das Resultat einer zufälligen Konstellation. Dort waren zahlreiche Delegationen verschiedenster Arbeiterorganisationen zu Besuch, die sich über die Lage im revolutionären Rußland ein Bild aus erster Hand machen wollten. Viele davon waren zugleich Vertreter ihrer Organisationen für den Komintern-Kongreß. Zunächst kam es zu Besprechungen der Russen mit Repräsentanten des linken Flügels von Amsterdam (aus Großbritannien, Italien und Norwegen).¹¹ Man einigte sich auf die Schaffung eines Internationalen Gewerkschaftsrats, der einen internationalen revolutionären Gewerkschaftskongreß einberufen sollte. Im Verlauf des Juli erklärten sich auch eine Reihe von syndikalistischen Vertretern zu seiner Unterstützung bereit.¹² Die Erwartungshaltung war dabei aber unterschiedlich: Während die linken Amsterdamer sich vom Gewerkschaftsrat eine Verstärkung ihres Einflusses innerhalb des IGB erhofften, sahen die Syndikalisten darin eine Möglichkeit, ihre langgehegte Idee der Schaffung einer revolutionären Alternative zu ihm zu verwirklichen.

Aber auch die Russen hatten sich ja jetzt gegen Amsterdam gestellt und sahen dabei eine Möglichkeit zur engen Zusammenarbeit mit den Syndikalisten. Dafür hatten sich die Bolschewiki schon im gemeinsamen Anti-Kriegs-Kampf während des Weltkriegs ausgesprochen. Zugleich erwarteten sie, daß sich dem Gewerkschaftsrat sehr schnell bedeutende Teile von Amsterdam anschließen würden. Diese Einschätzung war ganz von den revolutionären Illusionen der Nachkriegskämpfe bestimmt, wie sie für die kommunistische Bewegung jener Jahre so charakteristisch waren. Daran sollte auch nichts ändern, daß der Gewerkschaftsrat sofort mit einer intensiven Kampagne in der internationalen Gewerkschaftsbewegung begann und dafür, von seinem Hauptsitz in Moskau aus, einen internationalen Apparat mit publizistischen Organen und einer Reihe von Büros im Ausland aufbaute.¹³ Sehr schnell sollte sich erweisen, daß sich nur

wenige Verbände des IGB geschlossen für Moskau und die Beschickung des revolutionären Gewerkschaftskongresses aussprachen.

So repräsentierten die Delegierten des in Moskau vom 3. bis 19. Juli 1921 stattfindenden Gründungskongresses der RGI – von einigen Ausnahmen abgesehen, auf die noch zurückzukommen sein wird – zum einen zahlreiche kleine unabhängige syndikalistische Organisationen und zum anderen die kommunistischen Minderheiten (Fraktionen) innerhalb der zum IGB gehörenden Verbände (wozu noch die russischen Gewerkschaften hinzukamen, die – als quasi-staatliche – Organisation allerdings eine nach Millionen zählende Mitgliedschaft aufweisen konnten). Nach scharfen Auseinandersetzungen mit einem Teil der Syndikalisten, die die neue Internationale politisch und organisatorisch unabhängig von den kommunistischen Parteien halten wollten, kam es dennoch zur Gründung der Roten Gewerkschaftsinternationale.¹⁴ Von Beginn an stand sie in einem Dilemma. Während sie einerseits für das kommunistische Prinzip eintrat, keine künstliche Spaltung der bestehenden Gewerkschaften durchzuführen, stellte sie zugleich auf *organisatorischer Ebene* einen Bruch mit Amsterdam dar. Kommunistische Gewerkschafter, die in zum IGB gehörenden Organisationen arbeiteten, konnten so – und wurden – der Doppelzüngigkeit, der Zugehörigkeit zu zwei verschiedenen, antagonistischen Internationalen angeklagt.

Für die Bolschewiki stellte die Gründung der RGI dennoch einen Erfolg insofern dar, als sie damit einen wichtigen Sektor der Syndikalisten gewonnen hatten. Das brachte eine bedeutende Verstärkung bei der Bildung kommunistischer Parteien mit sich, hauptsächlich in Südeuropa, aber auch in Nord- wie Südamerika. Dieser organisatorische Zugewinn hatte aber auch eine politisch-strategische Seite. Die kommunistische Gewerkschaftsaktivität gerade in diesen Anfangsjahren der RGI war nicht unbeeinflusst von syndikalistischen Konzepten: Anstelle von begrenzten ökonomischen Kämpfen, die deutlich von politischen Forderungen, der Domäne der (sozialdemokratischen) Partei, abgegrenzt waren, wie dies der klassischen sozialdemokratischen Gewerkschaftskonzeption – und damit auch den Vorstellungen des IGB – entsprach, trat die RGI für eine »industrial strategy« ein. Streiks und andere Kämpfe sollten, nicht unähnlich alten syndikalistischen Ideen, hin zur Revolution entwickelt werden, was zugleich mit der Organisierung der rank-and-file-Mitglieder gegen die »Gewerkschaftsbürokratie« verbunden sein sollte. Entsprechend wurde eine ganze Reihe programmatischer Positionen – z. B. zur Arbeiterkontrolle, zur Organisierung der Arbeitslosen, zur »Streikstrategie« – auf den ersten Kongressen angenommen.¹⁵

Aber auch auf einem anderen Gebiet hob sich die RGI vom IGB ab. Als bedingungslose Gegnerin von Kolonialismus und Imperialismus von der Gründung ab proklamierte sie die Bereitschaft, die Arbeiter in den kolonialen und »halbkolonialen« Ländern zu organisieren – nicht nur für den Kampf um Unabhängigkeit, sondern ebenso für ihre ökonomischen Interessen und schließlich für die sozialistische Revolution. Es ist nicht verwunderlich, daß sich gerade auf diesem Gebiet die RGI als erfolgreich erweisen sollte. Denn nicht nur war der IGB hier praktisch nicht existent. Seine Mitgliedsorganisa-

hier nur verwiesen auf die monumentale Darstellung von Pierre Broué: *Histoire de l'Internationale Communiste 1919-1943*, Paris 1997.

11 Nur ein Protokoll des ersten Treffens vom 16. Juni wurde in einer kommunistischen Broschüre über den Gründungsprozeß veröffentlicht: A. Losowski: *Der Internationale Rat der Fach- und Industrieverbände (Moskau gegen Amsterdam)*, Berlin 1920, S. 69-73.

12 Zu deren Beteiligung an den Verhandlungen vgl. Thorpe: *The Workers Themselves*, pp. 128-149. Interessantes, bisher kaum aufgearbeitetes Material zur Haltung der Syndikalisten findet sich in den *Jack Tanner Papers* (Nuffield College Oxford University). Tanner war Delegierter der britischen Shop Stewards in Moskau.

13 Hauptstützpunkt war (bis 1933) Berlin. Dort residierte das Mitteleuropäische Büro, das die Übersetzung und Verbreitung der in Moskau erstellten Publikationen sicherstellte, aber auch eigene (so einen Nachrichtendienst) herausgab, vor allem aber einen wichtigen organisatorischen Faktor für die westeuropäische kommunistische Gewerkschaftsbewegung darstellte sowie die Information der Moskauer Zentrale sicherstellte. Neben diesem Büro existierten in den folgenden Jahren noch in einigen weiteren europäischen, aber auch überseeischen Ländern zeitweilige Vertretungen. Der zentrale Apparat in Moskau verfügte sehr schnell über mehr als 100 Mitarbeiter, mit dessen Hilfe der Gewerkschaftsrat (später das

Vollzugsbüro) umfangreiche Informations-, vor allem Anleitungsbearbeitung gegenüber der internationalen Gewerkschaftsbewegung leistete. In Moskau wurde auch das Organ (seit Herbst 1921 unter dem Titel: Rote Gewerkschaftsinternationale) erstellt.

14 Vgl. das Protokoll: 1-yj meždunarodnyj kongress revoljucionnyh, professional'nyh i proizvodstvennyh sojuzov. Stenografičeskij otčet, Moskau 1921.

15 Diese Beeinflussung durch syndikalistische Vorstellungen hob etwa der scharfsinnige sozialdemokratische Beobachter Salomon Schwartz hervor. Siehe seinen Beitrag »Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI)«, in: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, Berlin 1932, Bd. 2, S. 1348-1359, hier S. 1350. Die Programmatik der RGI, die natürlich zunächst in den Kongressresolutionen festgelegt war, wurde dann von ihrem Generalsekretär Lozovskij in einem international weit verbreitetem Buch popularisiert: A. Losowski: Das Aktionsprogramm der Roten Gewerkschafts-Internationale, Berlin 1921.

16 Eine vergleichende Skizze bei Willy Buschak: Internationaler Gewerkschaftsbund, Rote Gewerkschaftsinternationale und die Gewerkschaftsbewegung in Kolonien und halbkolonialen Ländern, in: Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert im Vergleich, Bochum 1985, S. 34-55.

17 Vgl. dazu die zeitgenössische Darstellung durch einen der führenden

tionen in den kolonialen Metropolen hatten oftmals kein Verständnis für den antikolonialen Kampf, wenn sie nicht sogar direkt den Kolonialismus verteidigten.¹⁶

Vor allem konnte die RGI in China in der Revolution von 1925 bis 1927 einen großen Einfluß gewinnen und in Gestalt ihrer neugeonnen Mitgliedsorganisation Millionen Anhänger organisieren.¹⁷ Aber ein ähnlicher, wenn auch nicht so spektakulärer Einfluß zeigte sich in vielen Ländern der – im heutigen Sprachgebrauch – Dritten Welt. Dies sollte bald zur Idee der Gründung regionaler Organisationen führen.

From confrontation to unity of action?

In jedem Fall arbeitete die RGI von Beginn an Hand in Hand mit der Kommunistischen Internationale. Dies hatte der Gründungskongreß trotz heftigen Widerstandes von seiten der meisten Syndikalisten in einer direkten organisatorischen Verbindung – durch die gegenseitige Vertretung in den Leitungsgremien – institutionalisiert. Auch auf nationaler Ebene gab es eine ähnliche direkte Verschränkung zwischen Kommunistischer Partei und den revolutionären Gewerkschaftern. Ein Teil der Syndikalisten, der besonders eng mit anarchistischen Gruppen verbunden war, nahm dies zum Anlaß, die neue Internationale gleich wieder zu verlassen, und gründete nach heftigen Polemiken Ende 1922 die Internationale Arbeiterassoziation (IAA).¹⁸

In Frankreich, dem Land mit dem bedeutendsten syndikalistischen Einfluß, gelang es der RGI jedoch, eine solche Entwicklung zu verhindern.¹⁹ Dort war es Ende 1921 zur Spaltung der CGT gekommen. Im neuen revolutionären Gewerkschaftsverband, der CGTU, gaben zunächst anarchosyndikalistische Strömungen den Ton an, die auf der Unabhängigkeit der Gewerkschaften von Parteieinfluß beharrten. Daraufhin erklärte die RGI auf ihrem zweiten Kongreß im November 1922 den Verzicht auf die ›organische Verbindung‹ von RGI und Komintern, d. h. auf die gegenseitige Vertretung in den Leitungsorganen. Jetzt sollten die Führungen der RGI und der Komintern nur noch in konkreten Fällen auf formal gleichberechtigter Ebene zusammenarbeiten. Da so die gewerkschaftliche Unabhängigkeit betont sei, erklärte die CGTU ihren Beitritt.

Für die Praxis bedeutete diese Änderung der Statuten allerdings nicht viel. Von Beginn an waren der kommunistische Einfluß, die Beschlüsse der Komintern und in letzter Instanz der Führung der sowjetischen KP, entscheidend gewesen. Nicht nur stellten die sowjetischen Gewerkschaften den Löwenanteil der Mitgliedschaft. Sie besetzten mit dem Generalsekretär Aleksandr Lozovskij, der dieses Amt von der Gründung bis zur Auflösung der RGI 1937 innehatte und der als Mitglied der bolschewistischen Partei natürlich an deren Disziplin gebunden war, nicht nur die wichtigste Führungsposition. Aufgrund des Sitzes der RGI in Moskau, was sich aus der Tatsache ergeben hatte, daß er natürlich in keinem anderen Land hätte eingerichtet werden können, gewannen sie fast automatisch auch einen entscheidenden Einfluß auf den Apparat der RGI und seine Zusammensetzung.

Es wäre aber falsch, diese Entwicklung der RGI hin zu einer ausschließlich kommunistischen Ausrichtung einfach als Ergebnis eines

geheimen machiavellistischen Plans abzutun. Sie hatte letztlich ihren Grund darin, daß der ursprünglichen Idee der RGI als einer Allianz von Kommunisten und Syndikalisten sehr bald nach ihrer Gründung durch den Gang der Dinge die praktische Basis entzogen worden war. Entweder schieden die Syndikalisten aus grundsätzlicher Opposition heraus aus oder sie schlossen sich den kommunistischen Parteien in den verschiedenen Ländern an. Eine separate syndikalistische Strömung hörte somit spätestens nach dem zweiten RGI-Kongreß auf zu bestehen. Die RGI wurde politisch homogen. Alle Führer der RGI hatten nun kommunistische Mitgliedskarten und waren damit an die Parteidisziplin gebunden; damit war die RGI quasi automatisch an die Beschlüsse der Komintern bzw. der sowjetischen KP gebunden.

Doch zur gleichen Zeit erwiesen sich die während der Gründung proklamierten Erwartungen auf große Erfolge als illusorisch. Die Amsterdamer Linke, die 1920/21 mit Moskau geflirtet hatte, hatte sich sehr bald verabschiedet. Delegierte sowohl der italienischen wie der norwegischen Landeszentrale hatten noch am RGI-Gründungskongreß teilgenommen. Bereits im November 1921 erklärten die italienischen Gewerkschaften ihren definitiven Bruch mit der RGI. Komplizierter verlief die Diskussion in Norwegen, wo der norwegische Gewerkschaftsbund 1922/23 schließlich seine Unabhängigkeit sowohl gegenüber der RGI wie dem IGB proklamierte. Damit wolle man als Faktor der internationalen Einigung wirken, hieß es.

Nur in zwei westeuropäischen Ländern hatte die RGI zwei Gewerkschaftsbünde mit Masseneinfluß gewonnen. Beide waren aus Abspaltungen der zu Amsterdam gehörenden Landeszentralen hervorgegangen. In Frankreich war so die CGTU aus der CGT entstanden. In der Tschechoslowakei, wo die kommunistische Partei aus der Abspaltung von der Sozialdemokratie hervorgegangen war, war auch der sozialdemokratische Gewerkschaftsbund davon betroffen. Im Jahre 1922 wurden die zur RGI tendierenden Kräfte daraus ausgeschlossen und konstituierten sich im Oktober zum Internationalen Allgewerkschaftlichen Verband (*Mezinárodní všeodborový svaz – MVS*), der sofort seinen Beitritt zur RGI erklärte.²⁰ In allen anderen Ländern, insbesondere in Deutschland mit der stärksten Arbeiterbewegung Europas, mußten sich die Anhänger der RGI darauf beschränken, sich als Minderheit in den zum IGB gehörenden Landeszentralen zu organisieren.

Normalerweise implizierte das, daß die Kräfte der RGI mit den kommunistischen Parteifraktionen identisch waren. Sie konstituierten sich als nationale Sektionen der RGI und entsandten z. B. Delegierte zu den Kongressen oder Vertreter in die Führungsgremien der RGI. Nur in einigen begrenzten Fällen, vor allem in Großbritannien, konnte sich die RGI-Tendenz – in diesem Fall innerhalb des TUC – als eine selbständige Formation unter dem Namen *National Minority Movement* konstituieren.²¹ Dies beruhte auf den besonderen Traditionen des britischen Syndikalismus, an dessen Vorkriegsentwicklung das *Minority Movement* anknüpfen wollte. Vorsitzender war der Veteran des britischen Syndikalismus, Tom Mann. Jedenfalls versuchte sich das *Minority Movement* breiter zu geben als eine einfache Parteifraktion.

kommunistischen Gewerkschafter: Deng Zhongxia: *Anfänge der chinesischen Arbeiterbewegung 1919–1926*, Hamburg 1975, die klassische Studie ist: Jean Chesnaux: *Le mouvement ouvrier chinois de 1919 à 1927*, Paris 1962.

18 Die IAA blieb jedoch marginal. Zwar traten ihr zahlreiche anarchosyndikalistische Gewerkschaften bei, vor allem aus Südeuropa und Lateinamerika. Doch nur in Spanien überflügelten die Syndikalisten der *Confederación Nacional del Trabajo (CNT)* ihren sozialdemokratischen Konkurrenten. Aufgrund der 1923 errichteten Diktatur *Primo de Rivera*s sollten sie allerdings in der IAA keine bedeutende Rolle spielen. Der Bruch der CNT mit Moskau hatte allerdings für die RGI und den spanischen Kommunismus einen schweren Rückschlag dargestellt. Vgl. dazu Thorpe, *The Workers Themselves*.

19 Zu Frankreich, der Spaltung der CGT und der Entwicklung der CGTU, vgl. die Überblicksdarstellungen bei Georges Lefranc: *Le mouvement syndical sous la Troisième République*, Paris 1967, und Michel Dreyfus: *Histoire de la C.G.T.*, Brüssel 1995.

20 Vgl. Kevin McDermott: *The Czech Red Unions, 1918–1929. A Study of their Relations with the Communist Party and the Moscow Internationals*, Boulder 1988.

21 Vgl. dazu Roderick Martin: *Communism and the British Trade Unions 1924–1933. A Study of the National Minority Movement*, Oxford 1969. Ähnlich auch in den USA, wo die *Trade Union Educational League* gegründet wurde.

22 Vgl. Bericht über den internationalen Friedenskongreß. Abgehalten im Haag (Holland) vom 10. – 15. Dezember 1922 unter den Auspizien des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Amsterdam 1923.

23 Vgl. den Beitrag des Verfassers: *Unity Between ›Moscow‹ and ›Amsterdam‹? Edo Fimmen's relationship to the Communist Trade Union Movement*, in: Bob Reinalda (Ed.): *The International Transportworkers Federation 1914-1945. The Edo Fimmen Era*, Amsterdam 1997, pp. 94-105.

24 Aus Platzgründen kann in diesem Beitrag nicht weiter auf die Haltung der RGI zu den Berufssekretariaten eingegangen werden. Hier schlugen die kommunistischen Gewerkschaften eine besondere Taktik ein. Dazu schuf sich die RGI die sogenannten Internationalen Propagandakomitees für die wichtigsten Branchen. Die RGI wollte damit keine eigenen ›roten‹ Berufssekretariate schaffen, sondern die bestehenden nur revolutionieren, da sie im Unterschied zum IGB als beeinflussbar galten. Die Auseinandersetzung konzentrierte sich in der Folgezeit auf die Frage der Beitrittsmöglichkeit der russischen Gewerkschaften. Vgl. dazu den in Vorbereitung zur Veröffentlichung befindlichen Artikel des Verfassers ›Between ›Moscow‹ and ›Amsterdam‹: The International Trade Union Movement of the 1920s Between Splits and Unity‹, paper presented at the 1998 Convention of the American Historical Association.

Doch all dies bedeutete, daß die Konfrontation zwischen Moskau und Amsterdam in der internationalen Gewerkschaftsbewegung dazu tendierte, mehr auf organisatorischer als auf politischer Ebene zu verlaufen, wobei Auseinandersetzungen um Ausschlüsse und Spaltungen im Vordergrund standen. Sehr bald nach ihrer Gründung sah die Bilanz für die RGI eher enttäuschend aus. Kein wirklicher Durchbruch war möglich gewesen. Amsterdam dominierte weiterhin die internationale Gewerkschaftsbewegung.

Als Ausweg aus dieser Sackgasse wandte sich die RGI verstärkt einer *Einheitsfrontpolitik* zu. Ein erster Kontakt hatte sich auf dem vom IGB im Dezember 1922 in Den Haag veranstalteten Anti-Kriegs-Kongreß ergeben, zu dem auch eine Delegation der russischen Gewerkschaften – die indirekt die RGI vertraten – eingeladen war.²² An dessen Rand war es zu informellen Kontakten gekommen. Doch der eigentliche Anstoß ergab sich durch die Ruhr-Krise im Januar 1923, als französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet als ›Pfand‹ zur Sicherung der deutschen Reparationsleistungen besetzten. Damit schien ein neuer Krieg in Europa möglich zu werden. Es war insbesondere der IGB-Sekretär Edo Fimmen – zugleich Sekretär der Internationalen Transportarbeiterföderation –, der sich kritisch von der Passivität der übrigen IGB-Führung absetzte und nun seine Bereitschaft ausdrückte, mit den ›Russen‹ zu sprechen.²³ Doch Gespräche kamen nur auf der Ebene der Berufssekretariate²⁴ zustande. Im Mai 1923 trafen sich die Transportarbeiter in Berlin und die Metaller in Friedrichshafen. Allerdings konnten die dabei erfolgten Vereinbarungen schließlich nicht verwirklicht werden.

Dagegen war es erst gar nicht zu Gesprächen zwischen IGB und RGI (oder zumindest den russischen Gewerkschaften) gekommen. Im Gegenteil, innerhalb des IGB setzte eine heftige Gegenkampagne gegen jede Art von Absprache mit Moskau ein, die im November Edo Fimmen zum Rücktritt von seinem Posten im IGB zwang. (Er blieb allerdings Transportarbeiter-Sekretär.) Die Berufssekretariate wurden zur strikten Unterordnung unter die Abgrenzung von Moskau aufgefordert. Es war allerdings nicht mehr möglich, die Aufnahme der russischen Lebensmittelarbeiter in das entsprechende Sekretariat Anfang Oktober zu verhindern. Doch sollte das der einzige Fall einer russischen Mitgliedschaft in einem Berufssekretariat bleiben, obwohl es zu entsprechenden Bemühungen in praktisch allen kam.

Das kommunistische Vorgehen im Jahre 1923 war ganz von der Erwartung erfüllt gewesen, die Krise in Deutschland würde im Gefolge der Ruhrbesetzung eine revolutionäre Situation auf die Tagesordnung setzen. Die RGI nahm z. B. im September einen Aktionsplan an, der u. a. nach Beginn der Kämpfe in Deutschland die Verlegung ihres Sitzes vorsah. Die Berufssekretariate, mit denen die russischen Gewerkschaften in Kontakt standen, und vor allem Fimmen selbst wurden angesprochen, beim Ausbruch revolutionärer Kämpfe internationale Solidaritätsaktionen durchzuführen. Doch Fimmen warnte in einem langen Brief die bolschewistische Führung, sie schätze die politische Situation in Deutschland völlig falsch ein. Der RGI-Generalsekretär Lozovskij hielt sich ab Mitte Oktober (bis Mitte Dezember) in Deutschland auf. Bekanntlich endete die deut-

sche ›Oktoberrevolution‹ Anfang November in einem Fiasko. Die politische Lage stabilisierte sich in den folgenden Monaten, doch die KPD, die sich um ihren vermeintlichen Sieg betrogen sah, radikalisierte sich, was auch zu heftigen Konfrontationen in den Gewerkschaften führte. Aufgrund einer ›ultralinken‹ Wende nach Absetzung der bisherigen, stark auf die Arbeit in den Gewerkschaften orientierten Führung verlor sie fast vollständig ihren Gewerkschaftseinfluß – und damit die RGI ihre bedeutendste Massenbasis außerhalb Rußlands. Die Lage in Westeuropa stabilisierte sich. Damit entschwanden erst einmal die Aussichten auf revolutionäre Entwicklungen, während sich fast zeitgleich in der Sowjetunion durch den Tod Lenins und den Beginn des Kampfes in der Parteiführung zwischen Stalin mit seinen wechselnden Verbündeten und Trotzki ein neues Kapitel auftrat.

Towards international trade union unity?

Die weitere Politik der RGI wurde jetzt aber vor allem durch die Entwicklung innerhalb des IGB bestimmt. Zwar hatte dieser im Jahre 1923 jedwede *Einheitsfront* nicht zuletzt wegen des Drucks der deutschen Gewerkschaften abgelehnt. Doch verschob sich im Gefolge der Inflationskrise, die auch die deutschen Gewerkschaften praktisch an den Rand des Bankrotts führte und sie viele Mitglieder kostete, das Gewicht innerhalb des IGB jetzt noch stärker zugunsten der Briten, des TUC. Sie stellten nun die größte Mitgliedsorganisation und leisteten ihre Beiträge in der stärksten Währung. Innerhalb des TUC kam es zu einem gewissen Linksruck, Ausdruck der Krise, in der das Land seit dem Weltkriegsende lebte. Sie drückte sich in einer hohen Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt in einer großen Krise des Bergbaus aus. Der Generalrat des TUC forderte eine außenpolitische Verständigung mit den Russen, um sie in die Weltwirtschaft wieder einzubeziehen, und nahm Verbindung zu den russischen Gewerkschaften auf. Der russische Gewerkschaftsvorsitzende Tomskij war Gast des TUC-Kongresses im September 1924. Im Gegenzug besuchte eine englische Delegation im November/Dezember 1924 das Land und veröffentlichte einen optimistischen, wenn auch nicht unkritischen Bericht.²⁵

Bereits auf dem Wiener Kongreß des IGB (Juni 1924) hatten die Briten darauf gedrängt, zwar nicht der RGI – denn diese sei eine »Spalterinternationale«, für die es neben dem IGB keine Existenzberechtigung gebe –, wohl aber den Russen einen Weg in ihre Reihen zu öffnen. Solche Einladungen hatte der IGB schon seit 1920 immer wieder öffentlich gemacht. Doch waren das eher propagandistische Manöver im Schlagabtausch zwischen Moskau und Amsterdam gewesen. Man hatte gar kein wirkliches Interesse daran gezeigt. Nun drängte der neue IGB-Vorsitzende Purcell, unterstützt vom TUC-Generalrat, darauf, ein solches Angebot ernsthaft zu verfolgen. Sie konnten dabei auch auf den Zuspruch Fimmens, der immerhin noch Sekretär des stärksten Berufssekretariats war, bauen. Doch stieß dies innerhalb der IGB-Führung auf heftigen Widerstand, der sich allerdings weniger in offener Ablehnung als durch die Verknüpfung eines solchen Angebots mit Bedingungen, die faktisch die Russen zur Ablehnung zwingen sollten, äußerte. Als Anfang 1925

25 Zur englischen »Gewerkschaftsdiplomatie« vgl. Daniel F. Calhoun: *The United Front. The TUC and the Russians 1923-1928*, Cambridge 1976.

auf diese Weise ein Angebot des IGB an die russischen Gewerkschaften zustande kam, das intern von z. B. den Briten und Finnen heftig kritisiert worden war, da es kein wirkliches Einheitsangebot sei, trafen sich im April Vertreter des TUC und der russischen Gewerkschaften in London und gründeten das Anglo-Russische Komitee, um die internationale Gewerkschaftseinheit durchzusetzen. Dieses Komitee traf sich in der Folgezeit mehrere Male (17. 9. 1925; 8./9. 12. 1925; 30. 6. 1926; 23. 8. 1926; 23. 3. – 1. 4. 1927). Doch seine Ergebnisse blieben immer vage. Es war zwar immer wieder von den Bemühungen die Rede, die russischen Gewerkschaften in den IGB hineinzuziehen. Jedoch wollten sich die britischen Gewerkschaften zu nichts Konkretem verpflichten. Schließlich setzten sich die Auseinandersetzungen innerhalb der IGB-Führung fort, die auf dem Pariser IGB-Kongreß (August 1927) in einer offenen Konfrontation zwischen dem TUC und den meisten übrigen Delegationen gipfelten. Heftige gegenseitige Beschuldigungen, zu manipulieren oder Moskauer Agenten zu sein, wurden erhoben.

Doch die eigentliche Ursache für das Scheitern des Anglo-Russischen Komitees lieferte der britische Generalstreik im Mai 1926, der zur Unterstützung eines Bergarbeiterstreiks erfolgte. Als dieser vom TUC-Generalrat nach einer Woche ohne konkrete Resultate abgebrochen wurde, kam es zu heftigen Vorwürfen aus Moskau. Man sprach vom Verrat an den Bergarbeitern. Diese verblieben noch Monate lang alleine im Streik. Auch wenn noch mehrere Treffen des Anglo-Russischen Komitees erfolgten, es war damit paralytisch, so daß seine offizielle Aufkündigung durch den TUC-Jahreskongreß im September 1927 in Edinburgh faktisch nur noch einen Leichnam betraf. Diese Entwicklung war auch dadurch zustande gekommen, daß die einheitsfreundliche Linke im Generalrat ab dem TUC-Kongreß von 1925 zurückgedrängt worden war. Des weiteren war es nach dem Generalstreik zu heftigen Konfrontationen zwischen dem kommunistisch geführten Minority Movement und den britischen Gewerkschaftsführungen gekommen. Solange an die Gespräche von TUC und russischen Gewerkschaften Erwartungen auf eine wie immer geartete internationale Einheit geknüpft werden konnten, hatte das Minority Movement den Generalrat dabei unterstützt. Nun, nach dem Streik, stimmte es in die heftigen Verratsvorwürfe mit ein. Daraufhin griff der Generalrat geschlossen – sowohl sein rechter wie sein linker Flügel – zu Disziplinierungsmaßnahmen und drängte diesen Einfluß in den folgenden Jahren zurück, wozu allerdings auch die durch die Niederlage hervorgerufene Situation der Demoralisierung entschieden beitrug.

Vorübergehend hatte sich nach dem Scheitern des ›britischen Wegs‹ 1927/28 noch die Hoffnung eröffnet, über die skandinavischen Gewerkschaften eine neue internationale Einheitsoffensive zu starten. Die norwegischen und die finnischen Gewerkschaftsbünde waren international unabhängig. Sie hatten das Anglo-Russische Komitee unterstützt, ohne aber Mitglied werden zu können, da der TUC weitere Aufnahmen abgelehnt hatte. Nun trafen sich Finnen, Norweger und Russen im Februar 1928 in Kopenhagen und erklärten, gemeinsam für einen internationalen Vereinigungskongreß der Gewerkschaften kämpfen zu wollen. Doch trotz auch zusätzlich erfolg-

ter Gegenseitigkeitsverträge zwischen einzelnen norwegischen, finnischen und russischen Gewerkschaften erwies sich auch dieser Weg bald als eine Sackgasse, allerdings vor allem wegen der ab Sommer 1928 einsetzenden kommunistischen Neuorientierung.

Parallel zu diesen verschiedenen Gesprächen auf Führungsebene ab 1924 war es auch in zahlreichen der übrigen Amsterdamer Mitgliedszentralen zu Einheitsbemühungen gekommen, die sich jedoch fast ausschließlich auf die Mitgliederebene beschränkten. Im allgemeinen auf Initiative der Kommunisten und oftmals in Verbindung mit der Einladung von Arbeiterdelegationen nach Rußland hatten sich in vielen Ländern »Einheitsgruppen« gebildet, Sie gaben zumeist eine Zeitung unter dem Namen »Einheit« heraus und führten Kampagnen zur Unterstützung der internationalen Gewerkschaftseinheit und vor allem des Anglo-Russischen Komitees durch. Doch diese Gruppen kamen selten über den bloßen Einflußbereich der kommunistischen Parteien hinaus und ihr Mißerfolg wurde oftmals noch zusätzlich durch Auseinandersetzungen in den kommunistischen Parteien verstärkt. Im Verlaufe der Jahre 1927/28 schlieften diese Tätigkeiten ein, was aber auch Ausdruck eines kommunistischen Strategiewechsels war.

In dieser »Einheitsbewegung« hatte die RGI nur eine ambivalente Rolle gespielt. Der dritte RGI-Kongreß im Juli 1924, einen Monat nach dem IGB-Kongreß, hatte zwar die sich dort manifestierende Entwicklung zur Kenntnis genommen und sich ebenso für die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit ausgesprochen. Allerdings wurde darunter ein gleichberechtigter Zusammenschluß von IGB und RGI durch einen internationalen Gewerkschaftskongreß verstanden. Doch der IGB lehnte schon jeden Kontakt zur RGI ab. Nur allenfalls die russische Landeszentrale könne einen Platz in ihren Reihen beanspruchen. Die RGI stehe dagegen für Fraktionstätigkeit und in einer Reihe von Ländern sogar für Abspaltungen. Die RGI-Führung unter Lozovskij sah es mit Mißtrauen, daß in dieser Situation die russischen Gewerkschaftsführer um Tomskij die sich ihnen bietende Gelegenheit aufgriffen und mehr oder minder offen mit einem Beitritt zum IGB liebäugelten, der auf Kosten der RGI gehen mußte. Ohne ihre stärkste Sektion konnte sie aber kein internationaler Faktor mehr sein. Hinter den Kulissen kam es deshalb zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen RGI und russischen Gewerkschaften. Doch solange auch die sowjetische Parteiführung um Stalin an die Kontakte zum TUC große Erwartungen knüpfte, konnte die RGI dagegen nicht vorgehen und war gezwungen, nach außen hin diese Politik mitzutragen.

Um ihr eigenes Gewicht dabei zu stärken, bemühte sich die RGI Führung zum einen, ihren organisatorischen Apparat auszubauen und ihre Mitgliedszentralen, vor allem die beiden westeuropäischen mit Masseneinfluß, zu stabilisieren. Doch noch aussichtsreicher schien andererseits der Umweg über die Kolonial- und Halbkolonialländer. Dies galt besonders für das ab 1925 von einer breiten revolutionären Bewegung erschütterte China. Im Mai 1925 trat der neugegründete chinesische Gewerkschaftsbund der RGI bei. Lozovskij selbst vertrat die RGI auf dem vierten chinesischen Gewerkschaftskongreß im Juni 1927. Doch da hatte die Revolution ihren Zenith bereits überschritten. Die nationalistische Guomindang brach mit den Kommunisten und erstickte blutig die Revolution.

Noch im Mai 1927 war auf einem ebenfalls in China stattgefundenen Kongress versucht worden, den von China ausgehenden Impuls um eine internationale Dimension zu verbreitern. Schon einige Jahre zuvor war von australischen Gewerkschaften – sie tendierten zur RGI – die Idee einer den gesamten asiatisch-australischen Raum umfassenden Gewerkschaftsföderation lanciert worden. Nun wurde das Pan-Pazifische Gewerkschaftssekretariat (Pan-Pacific Trade Union Secretariat *PPTUS*) gegründet. Es war formal von der RGI unabhängig, auch wenn die meisten Mitgliedsverbände ihr angehörten, unterstützte aber die RGI-Forderung nach Herstellung der Einheit durch einen internationalen Kongreß.

The ultra-left turn 1928/29

Mit dem Scheitern der chinesischen Revolution erwiesen sich die daran geknüpften Hoffnungen auf die Stärkung der RGI als illusorisch. Zusätzlich erbrachte die innere Entwicklung der Sowjetunion, erst die Ausschaltung der Linken um Trotzki Ende 1927 und dann im folgenden Jahr die der Rechten um Bucharin und den Gewerkschaftsführer Tomskij, eine grundsätzliche Neuorientierung der kommunistischen Politik. Der Festigung der Stalinschen Diktatur im Inneren durch Zwangskollektivierung und forcierte Industrialisierung entsprach eine ultralinke Wende in der internationalen Politik. Diese hatte unmittelbare Auswirkungen insbesondere auf das kommunistische Verhältnis zu den ›reformistischen‹ Gewerkschaften. Das noch von Lenin proklamierte Ziel ihrer Revolutionierung vermittelt kommunistischer Fraktionsarbeit wurde verworfen. Sie wurden als Agenturen des ›Sozialfaschismus‹ und Werkzeuge in den Händen des Kapitals denunziert. Statt dessen sollten über die Vorstufe die Bildung »revolutionärer Gewerkschaftsoppositionen« selbständige »revolutionäre« (›rote‹) Gewerkschaften geschaffen werden.

Dieser Kurs wurde auf dem vierten RGI-Kongreß (17. 3. – 3. 4. 1928) eingeleitet und dann auf weiteren Konferenzen gegen z. T. erheblichen Widerstand sanktioniert. So wurde in Deutschland die eng mit der traditionellen Gewerkschaftsarbeit der Partei verbundene »Rechte« in den folgenden Monaten aus der Partei gedrängt. In der Tschechoslowakei spaltete sich der MVS, einer der beiden seit ihrer Anfangszeit zur RGI gehörenden Gewerkschaftsbünde mit Masseneinfluß in Europa. Die Mehrheit brach mit der RGI (und sollte 1930 zum sozialdemokratischen Gewerkschaftsbund zurückkehren). Zusätzlich verschaffte die Ablösung der russischen Gewerkschaftsführung um Tomskij Ende 1928, auch wenn sie primär aus innersowjetischen Gründen erfolgte, freie Hand.

Auf einer Konferenz am 30. 11./1. 12. 1929 wurde in Deutschland die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) gegründet, die schnell zum Vorbild für die Entwicklung in den übrigen Ländern erhoben wurde und dem neuen Kurs den Namen geben sollte.²⁶ Die Verschärfung des ultralinken Kurses wurde auf dem fünften RGI-Kongreß – dem letzten – bestätigt, der im August 1930 stattfand. Nach außen hin schien er durch die Zahl der vertretenen Organisationen und der Delegierten beeindruckend, doch de facto markierte er ihren unaufhörlichen Niedergang.²⁷ Der Anzahl der überall auf der

26 Zur RGO Werner Müller: Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) in Deutschland 1928-1933, Köln 1988.

27 Auf dem vierten Kongreß 1928 vertraten 421 Delegierte 49 Länder, auf dem fünften 538 Delegierte 60 Länder.

Welt verkündeten Gründungen revolutionärer Gewerkschaftsorganisationen stand der Rückgang des realen Einflusses gegenüber.

Das Scheitern dieser ganzen Politik ist exemplarisch am Beispiel der RGO in Deutschland anhand der zahlreichen taktischen Schwenker nachgezeichnet worden, mit denen die Führung den Rückschlägen begegnen wollte, ohne die Orientierung grundsätzlich zu ändern: Zuerst von 1928 bis zum Sommer 1929 die »Klärung«, d. h. die Durchsetzung des neuen Kurses in der KPD gegen die »Rechten« und »Versöhnler«, dann bis zum Sommer 1930 – als politische Vorbereitung – die Schaffung der RGO als Zusammenfassung der bisherigen Gewerkschaftsfraktionen und ihre Herauslösung aus den Gewerkschaften, drittens – als organisatorische Umsetzung – die Gründung eigener Organisationen während des Winters 1930/31, die ironischerweise »Einheitsverbände« genannt wurden, und schließlich bis zum 30. Januar 1933 die Bemühungen, das Scheitern dieser Politik durch verschiedene taktische Manöver – z. B. durch Beschwörung der Fraktionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften – zu kompensieren. Die Entwicklung in den übrigen Ländern folgte im großen und ganzen parallel.²⁸

Nirgendwo gelang es der RGI, neue revolutionäre Gewerkschaftsverbände mit wirklichem Masseneinfluß zu formen. Überall hatten die neuen RGOs geringere Anhängerschaft als zuvor die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen in den noch nicht gespaltenen Verbänden. In den wenigen Fällen, in denen die RGI über bereits existierende Gewerkschaftszentralen verfügte, ging deren Einfluß stark zurück. Faktisch war die RGI darauf reduziert, wie Trotzki das dann 1933 schrieb, »nothing more than a Communist party, or part of a Communist party, only under another name« zu sein.²⁹

Diese Politik hatte ihre scheinbare Legitimation durch die Weltwirtschaftskrise und die dadurch hervorgerufene Massenarbeitslosigkeit erhalten. Doch tatsächlich hatte die Wende der kommunistischen Gewerkschaftspolitik ja ein Jahr zuvor, als Ausdruck der Politik Stalins, eingesetzt. Allerdings gewann sie durch die Krise bei sich radikalierenden Teilen der Arbeiterschaft Glaubwürdigkeit, da sie bei den »reformistischen« Gewerkschaften keinen Rückhalt mehr fanden. Ironischerweise gaben die RGOs die Arbeit unter den Erwerbslosen bald an die kommunistischen Parteien ab. Nachdem am 25. März 1931 ein »internationaler Erwerbslosentag« von den Parteien und den RGOs durchgeführt worden war, beschloß im August 1931 eine Konferenz dieser Parteien und RGOs, die Erwerbslosenbewegung gänzlich aus dem organisatorischen Rahmen der RGOs auszugliedern.³⁰

Die Wende der RGI 1928/29 hatte auch ihre Auswirkungen auf die Arbeit in den Kolonialländern. Das PPTUS wandte sich von jeglicher Forderung nach internationaler Einheit mit den »Klassenverrättern« ab, was zum Bruch mit den Gewerkschaften Australiens führte. Zusätzliche regionale Unterorganisationen wurden geschaffen: in Lateinamerika die Confederación Sindical Latinoamericano (CSLA); für Schwarzafrika, aber auch für die Karibik und den Süden der USA das Internationale Gewerkschaftskomitee der Negerarbeiter. Eine Zwischenstellung nahm die Internationale der Seeleute und Hafenarbeiter ein. Diese war zum einen eine revolutionäre Internationale

28 Sie ist allerdings noch nicht so gut erforscht wie das Beispiel Deutschland. Als Beispiele kurzer Überblicke siehe zu den USA das Kapitel »Red Unionism« bei Bert Cochran: *Labor and Communism. The Conflict that Shaped American Unions*, Princeton 1977, pp. 43-81, und zu Spanien Rafael Cruz: *El Partido Comunista de España en la Segunda República*, Madrid 1987, S. 119 f., 142-148. Nur in Großbritannien schafften es die Parteiführung und vor allem die kommunistischen Gewerkschaftskader, sich dem Moskauer Drängen nach Gründung revolutionärer Verbände zu entziehen, die – angesichts der Bedeutung der TUC – die Partei sicher endgültig in die Isolation getrieben hätte. Vgl. Martin, *Communism*, pp. 122-178.

29 *The Economic Onslaught of the Counter-revolution and the Unions*, in: *Writings of Leon Trotsky (1932-1933)*, New York 1972, pp. 169-172, hier pp. 170. Weiter fügte er hinzu: »This organization does not bind the party to the unions. Being, because of its small numbers, absolutely incapable of replacing the trade unions in the sphere of mass action, the RILU is at the same time incapable of influencing them from outside because it is hostilely opposed to them as rival organizations.«

30 Müller, *Lohnkampf*, S. 223 f. Siehe auch Lidia Schewtschenko: *Die Internationalen Kampftage gegen die Erwerbslosigkeit 1930 und 1931*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Nr. 3, 1988, S. 361-371; Dies.: *Erfahrungen der KI und RGI im Kampf*

um die Arbeitsbeschaffung Anfang der dreißiger Jahre, Nr. 2, 1989, S. 173-184.

für eine Branche, also ein »rotes« Berufssekretariat. Zum anderen sollte es besonders auf die Kolonialländer (aus denen sich ja ein Großteil der Schiffsbesatzungen auch der westeuropäischen Länder rekrutierte) einwirken. Alle diese »Unter«-Internationalen waren 1929/30 zwar unter beträchtlichem publizistischen Aufwand proklamiert worden, kamen aber über einzelne Anfängerfolge nicht hinaus und blieben letztlich marginal.

The dissolution under the sign of the popular front

Der 30. Januar 1933, die Machtergreifung des Faschismus in Deutschland, bedeutete auch das Scheitern der Politik der internationalen kommunistischen Bewegung. Die KPD stellte die stärkste Sektion der Komintern, die RGO hatte Vorbildfunktion für die RGI. Unmittelbar machten sich die organisatorischen Auswirkungen bemerkbar. Die RGI mußte ihren organisatorischen Stützpunkt, den sie bisher in Berlin für die Arbeit in Westeuropa hatte, verlegen: nach Kopenhagen und nach Paris. Doch politisch hatte das Debakel zunächst keine Folgen. Die ultralinke Politik wurde fortgesetzt, bis im folgenden Jahr – im Zusammenhang mit einem außenpolitischen Kurswechsel der Sowjetunion – die Wende zur Volksfrontpolitik zunächst in Frankreich erfolgte.

Dies hatte unmittelbare Folgerungen für die Gewerkschaftspolitik. Jetzt sprach man wieder von einer Einheitsfront zwischen den Organisationen. Sozialdemokraten und Gewerkschafter waren keine »sozialfaschistischen Verräter« mehr, sondern umworbene Bündnispartner. In zahlreichen Ländern lösten sich 1934/35 die »revolutionären« Gewerkschaften« auf und traten den Mitgliedsföderationen des IGB bei. In manchen Ländern, wo das Kräfteverhältnis entsprechend war, kam es sogar zu regelrechten Fusionsverhandlungen. Das galt vor allem für Frankreich, wo die Spaltung zudem schon 1922, also Jahre vor der kommunistischen Wende von 1928/29, erfolgt war. Im März 1936 erfolgte der Zusammenschluß. Die vereinigte Organisation nannte sich weiterhin CGT, so daß die Kommunisten deren Kontinuität akzeptierten wie ebenso weitere Bedingungen: Fortsetzung der Mitgliedschaft im IGB, Verzicht auf kommunistische »Zellenbildung« – zumindest nach außen hin – und auf die Übernahme politischer Ämter. Eine Folge davon war, daß kommunistische Gewerkschafter jetzt eine Präsenz im IGB – sei es als Delegierte auf seinen Kongressen, sei es in den Leitungsgremien – erhielten und dort auch sofort *internationale* Einheitsinitiativen, die auf den weltweiten Zusammenschluß mit den kommunistischen Gewerkschaften und der RGI abzielten, unterstützten.³¹

Tatsächlich hatte sich die RGI schon bald nach Beginn der nationalen Einheitsverhandlungen im März 1935 an den IGB gewandt und ein Treffen zur Unterstützung dieser Gespräche, aber eben auch zur Einleitung der internationalen Einheit vorgeschlagen. In seiner Antwort bekräftigte der IGB seine Haltung, die er schon Anfang der zwanziger Jahre eingenommen hatte. Es gebe keinen Platz für zwei Internationalen. Die kommunistischen Gewerkschaften und eben auch die RGI könnten sich nur auflösen und dem IGB und seinen Mitgliedsorganisationen beitreten. Folgerichtig hieß es bald, für die russischen Gewerkschaften sei unter bestimmten Bedingungen Platz im IGB; die weiteren Avancen der RGI wurden ignoriert.

31 Eine ähnliche Entwicklung galt z. B. für die neugegründete mexikanische Gewerkschaftsföderation, die Confederación de Trabajadores de México (CTM) mit ihrem prokommunistischen Vorsitzenden Vicente Lombardo Toledano. Auch von hier sollte sofort Unterstützung für entsprechende Vorstöße im IGB kommen. Dagegen blieb das große Gewicht der amerikanischen Kommunisten im neugegründeten CIO (Committee bzw. Congress of Industrial Organizations) auf internationaler Ebene ohne Bedeutung, da der AFL als Mitglied des IGB dem CIO den Beitritt versperrte, abgesehen davon, daß der kommunistische Einfluß sich vor allem an der Basis und weniger in der Führungsspitze niederschlug.

Die RGI, die übrigens diesen ganzen politischen Kurswechsel ab 1934 durchgemacht hatte, ohne daß dies von einem – eigentlich aufgrund der Statuten schon längst überfälligen – Kongreß auch nur diskutiert, geschweige denn beschlossen worden wäre,³² stand wieder vor ihrem alten Dilemma. Doch diesmal waren die politischen Vorgaben durch die sowjetische Führung noch drängender. Denn Stalin wollte ab 1934 mit allen Mitteln die Herstellung eines festen Bündnisses mit den Westmächten, wobei der IGB und seine bedeutendsten Mitgliedsorganisationen aufgrund ihrer Verbindungen zur Sozialdemokratie dafür für wichtig erachtet wurde.

Damit war um die Jahreswende 1935/36 angesichts der IGB-Weigerung, mit der RGI über eine »internationale Vereinigung« zu verhandeln, deren Schicksal besiegelt. Noch im Januar 1936 hatte ihr Generalsekretär Lozovskij versucht, weitergehenden Forderungen durch eine weitgehende Selbstbeschränkung, Reduzierung ihres Apparats usw. zuvorzukommen, was zumindest die Weiterexistenz sichern sollte. Doch es war jetzt der Kominternsekretär Dimitroff, der, nachdem er sich ebenfalls im Januar an Stalin gewandt hatte, offen die RGI für obsolet erklärte und über die Führung der Komintern die Auflösung der RGI in die Wege leitete.³³

Die entsprechenden Schritte erfolgten nun zwischen April und Juni sehr schnell. Hatte der RGI-Apparat in Moskau noch zu Jahresbeginn über 150 Mitarbeiter gehabt, waren es im April nur noch 100 und im Juni 50. Im April/Mai stellten die Leitungsorgane (Vollzugsbüro und Sekretariat) ihre Tätigkeit ein. An ihre Stelle trat eine von der Kominternführung eingesetzte »Gewerkschaftstroika« aus Lozovskij und den zwei Kominternführern Togliatti und Dimitroff. Im Juni stellten die publizistischen Organe der RGI ihr Erscheinen ein. In diesem Zeitraum beendeten auch die für die Kolonialländer zuständigen Unterorganisationen ihre Tätigkeit.

Zwar hatte man die Hoffnung, die RGI könne irgendwie gleichberechtigt mit dem IGB die Einheit herstellen, nun auch offiziell aufgegeben. Doch glaubte man noch an die Möglichkeit der Schaffung eines internationalen Einheitskomitees, durch das man auf den IGB Druck ausüben könnte. Doch der Londoner IGB-Kongreß im Juli bekräftigte seine alte Haltung: Alle noch nicht zum IGB gehörenden Gewerkschaftszentralen sollten beitreten, damit also auch die Russen, ohne daß man sie allerdings besonders heraushob. Die RGI fand nicht einmal mehr eine spezielle Erwähnung im Negativen.

Der daraufhin einsetzende Briefwechsel mit den Russen kann hier nicht im einzelnen nachgezeichnet werden. Er führte, auch nach z. T. heftigen Diskussionen in der IGB-Führung, ob und welche Zugeständnisse man ihnen machen könne, dazu, daß eine Delegation im November 1937 nach Moskau fuhr, um über konkrete Beitrittsbedingungen zu verhandeln. Die Forderungen der Russen, die nicht auf »Beitritt«, sondern auf »Einheit«, d. h. eine Art Fusion von IGB und russischer Landeszentrale hinausliefen, sollten aber schließlich vom IGB auf mehreren Tagungen bis zu seinem Kongreß im Juli 1939 nicht akzeptiert werden. (Erst 1945 sollte es nach der Gründung des Weltgewerkschaftsbundes – wenn auch nur für vier Jahre – eine »einheitliche« Gewerkschaftsinternationale geben.) Doch hatte das Treffen unmittelbar danach, als das schließliche Scheitern des russi-

32 Auf dem siebten Komintern-Kongreß im Juli-August 1935 wurde allerdings die Volksfrontpolitik im nachhinein bestätigt. An ihrem Rande tagte eine Beratung der Delegierten mit Gewerkschaftsfunktionen, die die entsprechende Übertragung auf diesen Bereich diskutierte, nicht zuletzt auch unter dem Aspekt, wieweit man bei allen ideologischen Zugeständnissen den organisatorischen Einfluß der Kommunisten sicherstellen könne. Doch diese Beratung wurde geheim gehalten. Schließlich war sie ja keine direkte RGI-Tagung und nach außen hin gab sich die RGI als unabhängige Institution.

33 Auszüge des Briefs bei Adibekov, »O politike komunistov«, S. 102, der auch auf die generelle Praxis der Konsultation Stalins durch Dimitroff bei anstehenden größeren Problemen hinweist.

schen Aufnahmebegehrens noch nicht absehbar war, eine Konsequenz gehabt. Am 27. Dezember 1937 beschloß das Komintern-Sekretariat die einfache Auflösung der RGI, deren Vermögen weitestgehend von ihr übernommen wurde.

Auch dieser Beschluß wurde geheim gehalten, so daß im Mai 1938 die Zeitschrift der amerikanischen Syndikalisten schlichtweg von einer »verlorenen Internationale« sprach, von der man gar nichts mehr wisse.³⁴ Dieses Vorgehen hatte zweifellos seinen Hauptgrund darin, daß es vollkommen statutenwidrig vor sich ging. Über eine Auflösung – auch über entsprechende Schritte dahin – hätte nur die RGI selbst entscheiden können. Das noch immer geltende Statut der RGI von ihrem Gründungskongreß hatte dazu noch nicht einmal irgendwelche Bestimmungen vorgesehen. Doch wie der Auflösungsprozeß tatsächlich abgelaufen war, hatte er genau das angezeigt, was die RGI die ganze Zeit ihrer Existenz immer heftig bestritten hatte: Sie war von der Komintern abhängig, in der die eigentlichen Entscheidungen fielen.

34 »(...) that seems to have vanished without leaving a trace behind«. (Joseph Wagner: »The lost international«, in: One Big Union Monthly, Nr. 5, Mai 1938, pp. 20-23.)

Some conclusions

In der Rückschau auf den gesamten Zeitraum ihrer Existenz ist es offensichtlich, daß die RGI zum Zeitpunkt ihres Endes nicht mehr dieselbe wie zur Zeit ihrer Gründung war. Wenn sie zu Beginn tief vom syndikalistischen Impuls vieler ihrer Begründer geprägt war und wenn sogar die Bolschewiki ihre Bereitschaft erklärten, von ihnen zu lernen, hatte sie sich unter dem Einfluß der allgemeinen Transformation der kommunistischen Bewegung nach ihrer Bolschewisierung und Stalinisierung seit Mitte der zwanziger Jahre gewandelt. Während in der Anfangsphase die politische Betonung auf der industriellen Kampfbereitschaft gelegen hatte, auf dem Kampf gegen die »Gewerkschaftsbürokratie«, hatte sie bald darauf alle Charakteristiken eines bürokratischen Apparats angenommen. Einer der Gründe, der in den internen Diskussionen für ihre Auflösung gegeben wurde, war, daß sie ein Hindernis für die Kommunisten geworden war, Führungspositionen in den Gewerkschaftsführungen nach der Wiedervereinigung mit den Amsterdamern einzunehmen. Und industrielle Kampfbereitschaft war nun den Erfordernissen der Volksfrontpolitik untergeordnet. Die kommunistische Gewerkschaftsbewegung hatte nun solche Prinzipien angenommen, die es ihr nach dem Zweiten Weltkrieg in den entwickelten Ländern – wie z. B. in Frankreich oder Italien – ermöglichte, voll an dem für den Kapitalismus dieser Länder nach 1945 so charakteristischen »korporatistischen« oder »fordistischen« Kompromiß, wie er oft genannt wurde, teilzunehmen.